

Kirchenasyl in einer Studentengemeinde¹

Von Hubert Edin und Willi Riemer

Hubert Edin, Diplom-Theologe, Dipl. Sozial-Pädagoge, seit 1993 Gemeindeassistent KSG Münster (Flüchtlingsarbeit, Theol. Bildungsarbeit, Ausländerreferent).

Willi Riemer, Diplom-Theologe, 1. Staatsexamen in Pädagogik, Pastoralreferent. 1974-1984 Pastoralreferent Hl. Geist in Recklinghausen; 1984-1989 Referent für Familienpastoral im Offizialat Bezirk Oldenburg, 1989-1996 Pastoralreferent KSG Münster.

„Seit heute, 01.04.1992, gewähren wir, die Evangelische und Katholische StudentInnengemeinde in Münster, zwei Romafamilien Kirchenasyl. Die beiden Familien sind akut davon bedroht, in das ehemalige Jugoslawien abgeschoben zu werden. Da ihnen der Aufenthalt in Deutschland verwehrt wird, haben sie momentan keine rechtliche Möglichkeit mehr, hierzubleiben. In ihrer Not bieten wir ihnen in unseren Gemeinden eine Zuflucht an, weil die staatlichen Organe nicht mehr bereit sind, die gleiche Menschenwürde für alle hier lebenden Menschen zu garantieren.“

So begann die Presseerklärung, als die StudentInnengemeinden je einer Romafamilie Kirchenasyl gewährten. Wie kam es zu diesem Schritt, der alle Beteiligten nachhaltig verändert hat? Sowohl in den StudentInnengemeinden wie auch bei den Romafamilien gibt es eine Vorgeschichte. Der Eintritt in das Kirchenasyl geschah weder unüberlegt noch unvorbereitet und auch nicht aus einer rein emotionalen Betroffenheit heraus.

Verdrängte Geschichte

Seit Jahren schon versucht die Katholische StudentInnengemeinde (KSG) aus christlicher Grundüberzeugung, gesellschaftliche Rand-

1 Überarbeitete und aktualisierte Version einer in Diakonia 24 (1993) Heft 5 erschienenen Praxisberichtes.

themen aufzugreifen, um sie semesterweise schwerpunktartig zu bearbeiten. So geschah es auch in der Planungsphase für das Sommersemester 1991. Aufmerksam geworden durch Berichte über Asylverfahren und Ablehnungspraxis wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit der Flüchtlingspolitik der BRD auseinandersetzen wollte.

Auf diese Weise sensibel geworden, nahmen wir viel mehr Berichte und Informationen über das Schicksal von Flüchtlingen auf. Eine zufällig auf den Tisch geflatterte Einladung zu einem Seminar über die Lage der Roma machte uns neugierig. Fremde anzunehmen heißt ja, sie zuerst einmal kennenzulernen; also nahmen wir an diesem Seminar teil. Die sehr ehrlich geführte Reflexion auf dem Heimweg machte deutlich, wie mühsam es für uns war, die tiefsitzenden Vorurteile gegen die „Zigeuner“ zu überwinden. Als Opfer unserer eigenen Vorurteile gelang es uns nur mühsam, auf das offene und freundliche Entgegenkommen der Roma zu reagieren. Betroffen über uns selbst begannen wir, uns mit der Geschichte und dem Schicksal dieses Volkes zu beschäftigen. Wir entdeckten ein Volk, das vor mehr als tausend Jahren von Indien aus in kleinen Familien- und Stammesverbänden nach Westen zog und bis nach Europa kam. Dieses Volk hat nie eine Staatsorganisation gehabt, hatte nie eine Armee und hat auch keine Kriege geführt. Es blieb ein Volk ohne Land, das aber trotz aller Zerstreung durch eine ausgeprägte Kultur den Zusammenhalt gerettet hat. Die Geschichte dieses Volkes ist seit über 600 Jahren eine Verfolgungsgeschichte. In den verschiedensten politischen Phasen und Systemen wurde es ausgegrenzt und in die Sündenbockfunktion für politische Fehler gedrängt. Ein trauriger Höhepunkt dieser Verfolgungsgeschichte war die Vernichtung von ca. 500.000 „Zigeunern“ in deutschen Konzentrationslagern. Durch die Beschäftigung mit dem Volk der Roma aufmerksam geworden, entdeckten wir, daß auch in Münster ca. 50 Ro-mafamilien lebten.

Weil sie Roma sind, haben sie keine Chance

Spätestens seit 1988 fliehen Roma aus dem zerfallenden Jugoslawien vor den zunehmenden gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen. Viele von ihnen kommen aus Mazedonien. Hier lebten die meisten in einem Elendsviertel namens Schutka nahe der Stadt Skopje. Was sie dort erfahren haben, schildern sie selbst so: „Wir

Kirchenasyl in einer Studentengemeinde

waren der letzte Dreck. Unsere Kinder bekamen weder einen Platz im Kindergarten noch in der Schule. Wenn überhaupt ein Roma Arbeit bekam, war es der schwerste und dreckigste Job. Die Polizei durchsuchte wahllos und ohne Grund unsere Wohnungen. Wir wurden auf den Behörden geschlagen und viele unserer Frauen sind vergewaltigt worden. Man hat uns in die Armee eingezogen und in die vorderste Front gestellt im Kampf gegen unsere eigenen Volksgenossen. Wenn wir uns weigerten, kamen wir ins Gefängnis und wurden gefoltert. Weil wir das nicht mehr aushalten konnten, sind wir geflohen.“

In Deutschland und konkret in Münster glaubten sie sich sicher vor Verfolgung. Aber sie konnten nur hier bleiben, wenn sie einen Asylantrag stellten. Dabei stolperten sie über die im Laufe der letzten Jahre immer enger gewordenen Kriterien politischer Verfolgung. Roma gelten grundsätzlich nicht als politisch verfolgt. Für die betroffenen Menschen bedeutete es, die ganz erniedrigende Erfahrung zu machen, daß man ihnen nicht glaubte. Ein 65jähriger Roma: „Weißt du, nach all den Erfahrungen ist das das Schlimmste: Daß sie uns nicht glauben.“

Roma fangen an, politisch zu handeln: Sie wehren sich gemeinsam

Im Herbst 1990 haben die meisten Roma in Münster die Ablehnung der Asylanträge erhalten und damit verbunden die Aufforderung, das Land zu verlassen. Verzweiflung machte sich breit. In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat, der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG), der Katholischen StudentInnengemeinde (KSG) und anderen UnterstützerInnen kam es zur ersten Demonstration.

Im Juli 1991 zogen ca. 50 Roma in den Dom und suchten Schutz vor Abschiebung. Der Dompropst reagierte gelassen und bat die angerückte Polizei abziehen, da er keine Angst vor den Roma habe. Für den nächsten Morgen wurde ein Vermittlungsgespräch mit dem Weihbischof zugesagt. Die verängstigten Roma nahmen das Angebot zur Übernachtung in der KSG an. Hier entstanden erste Kontakte zwischen KSG und den Roma. Ergebnis der Aktion war ein Briefwechsel zwischen dem Bischof von Münster und dem Ministerpräsidenten des Landes NRW sowie eine engagierte Stellungnahme des Dompropstes zur Romafrage in den Medien.

Die Roma klagten gegen ihre Abschiebung und erreichten damit eine Aufenthaltsverlängerung bis zum Herbst 1991. Als nun die endgültig ablehnenden Bescheide kamen, zogen Anfang Oktober wieder ca. 50 Roma in den Dom, wieder unterstützt von KSG, ESG und anderen UnterstützerInnen. Es kam zu Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, die schließlich den Weg für einen Asylfolgeantrag frei machten.

Ende März 1992 wurden auch diese Anträge, wie zu erwarten war, abgelehnt, und die ersten Familien kamen zu uns und baten um Hilfe.

Kirchenasyl - eine Erinnerung an eine alte Tradition

Während sich die Lage für die Roma zuspitzte, haben sich KSG und ESG intensiv mit der Frage des Kirchenasyls auseinandergesetzt. Sie haben entdeckt, daß hier eine alte jüdische und christliche Tradition vorhanden ist, die Menschen vor gewaltsamen, vernichtenden Zugriffen schützt. Diese uralte jüdische Tradition ist von der jungen christlichen Kirche übernommen worden. Bischöfe und Priester wurden verpflichtet, sich für Verfolgte einzusetzen, um eine Begnadigung oder einen Schuldenerlaß zu erreichen. Kirchenasyl bewirkte also keine Aufhebung des Rechts, wohl aber einen zeitlichen Aufschub der Sanktionen. In Zeiten unterschiedlich zugestandener Menschenrechte (z.B. bei den Sklaven) war das Kirchenasyl von großer Bedeutung. Im Hochmittelalter wurde es sogar kanonisch geregelt. Der Raum, in dem Kirchenasyl gewährt wurde, wurde immer weiter ausgedehnt. War es zunächst nur der Kirchenraum, so gehörte schließlich sogar die Wohnung des Klerikers zu den geschützten Räumen.

Der moderne Rechtsstaat nimmt für sich in Anspruch, daß Kirchenasyl nicht mehr nötig sei. Aber erst 1983 reagierte die katholische Kirche darauf, indem sie bei der Reform des Codex Iuris Canonici auf ihr Asylrecht verzichtete. Doch Zweifel sind geblieben, denn es gibt zahlreiche Menschen in unserem und anderen Ländern (Schweiz, Niederlande, USA), die aufgrund ihres demokratischen Bewußtseins, ihrer christlichen Überzeugungen und der Menschenrechtssituation von Flüchtlingen an die alte Kirchenasyltradition wieder anknüpfen.

In Deutschland geschah dies trotz einiger Vernetzungsbemühungen relativ unorganisiert, in den Niederlanden durch die Flücht-

Kirchenasyl in einer Studentengemeinde

lingshilfe „Inlia“ und in den USA durch die bereits recht starke „Sanctuary-Bewegung“. Diese einseitige Berufung auf eine alte, aber gesetzlich nicht abgesicherte Tradition, hat daher auch rechtliche Konsequenzen.

Wir haben diese rechtlichen Konsequenzen für uns bedacht und sie mit den biblischen Mahnungen zum Schutz des Fremden in Beziehung gesetzt. Zum Beispiel mit dem Vers 32-34 aus dem 3. Buch Mose: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Land, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn ihr seid auch Fremde gewesen.“ Nach einer langen und sehr verantwortungsvoll geführten Diskussion im Gemeinderat von KSG und ESG gab es jeweils einstimmig die Beschlüsse: „Wenn es nötig wird, sind wir bereit zum Kirchenasyl.“

Weil wir ihnen glaubten, haben wir Asyl gewährt

Ende März 1992 erfuhren wir von zwei Familien, daß sie ihre endgültige Abschiebungsandrohung in Händen hatten. Die KSG und ESG hörten sich ihre Fluchtgeschichten an und überprüften die Ablehnungsbegründungen. Weil wir uns auch noch Informationen über die aktuelle Lage der Roma von der Gesellschaft für bedrohte Völker, von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen besorgt hatten, stand unser Entschluß bald fest: Weil wir ihnen glauben, gewähren wir ihnen Kirchenasyl.

Kirchenasyl kann nur als solidarische Aktion beginnen

Mir der Entscheidung und der Aufnahme der Familien in KSG und ESG am 01.04.1992 kam eine Fülle von Aufgaben auf uns zu. Räumlichkeiten (Gemeinderäume) konnten mit Hilfe vom Hausmeister und der Hauswirtschafterin hergerichtet werden. Die Öffentlichkeit mußte informiert werden, denn ein öffentlich gemachtes Kirchenasyl erfüllt nicht den Straftatbestand des Versteckens von illegalen Menschen (kann ein Mensch jemals illegal sein?). Geld zum Unterhalt der Familien mußte besorgt werden. Verhandlungen mit der Stadtverwaltung mußten geführt werden, und vor allem mußten die Familien betreut werden, denn sie konnten sich ja nur in den vorgegebenen Räumlichkeiten aufhalten; es war ein freiwilliges Gefängnis.

Betreuung, die die BetreuerInnen verändert

Die Situation des zwar freiwillig, aber doch als Gefängnis erlebten Schutzes stellte eine große Herausforderung für die Roma und die BetreuerInnen dar. Überwog am Anfang bei den Romafamilien die Dankbarkeit für die Gewährung des Schutzes, so gab es auch bald Probleme mit Gefühlen von Isolation, Langeweile und Einsamkeit. Viel Kontakt und viele Gespräche waren unser Versuch, diese Probleme zu bewältigen. Auch Besuche befreundeter Romafamilien hatten eine große Bedeutung. Manch guter Wille der Betreuerinnen und Betreuer lief ins Leere, da die Mentalität, die Lebensgewohnheiten und die Kultur der Menschen zuwenig berücksichtigt wurden. So haben wir langsam, manchmal mühsam, dazugelernt, haben Aggressionen ausgehalten, Freude und Enttäuschung geteilt und haben als besonderen Höhepunkt sogar gemeinsam das Beschneidungsfest des jüngsten Sohnes der Familie gefeiert. Ein beeindruckendes und großes Ereignis!

Auf diese Weise Anteil nehmend, sind wir uns näher gekommen und haben uns kennen und schätzen gelernt. So wuchs die Bereitschaft, für diese Familie zu kämpfen.

Das Kirchenasyl im Für und Wider der öffentlichen Meinung

Vieles hat zunächst sehr gut funktioniert. Es gab einige Solidaritätserklärungen, durch großzügige Spenden fehlte es nie an Geld, es waren ausreichend UnterstützerInnen bereit, die Betreuung zu gewährleisten, und es gab Gesprächsbereitschaft seitens der Stadtverwaltung. Allein die beiden kommunalen Zeitungen haben an dieser Stelle negative Politik gemacht, indem sie kaum oder nur das Allernotwendigste berichtet haben. Ein Reporter sagte uns vertraulich, es gäbe Anweisungen in den Redaktionen, das Thema Roma und Kirchenasyl als nicht so wichtig zu vernachlässigen.

Auf unsere Bitte hin hat es wieder einen Kontakt der Bistumsleitung mit der Landesregierung gegeben. Aber es gab zu unserem Bedauern keine öffentliche Unterstützung des Kirchenasyls durch die Bistumsleitung.

Aufgrund der ergebnislos verlaufenden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zog sich das Kirchenasyl hin. Als die Verwaltung signalisierte, sie werde zur Zeit keine polizeilichen Maßnahmen

Kirchenasyl in einer Studentengemeinde

beantragen, trauten sich die Romafamilien wenigstens für kurze Zeit mal aus dem Haus.

Im Juli 1992 stellten wir fest, daß der Vater der Familie, die in der KSG Zuflucht gefunden hatte, an einer schwerwiegenden Krankheit litt. Wir baten den behandelnden Arzt um ein Gutachten, um gem. § 54 Ausländergesetz eine Duldung zu erreichen. Das Gutachten des Arztes hatte eine Untersuchung beim Gesundheitsamt zur Folge, wo die Schwere seiner Krankheit bestätigt wurde. Eine erneute Duldung von drei Monaten und damit die Rückführung in einen legalen Aufenthaltsstatus war die Folge. Diese Duldung wurde immer wieder verlängert. Doch schon vor dem Untersuchungstermin hatten die Ereignisse für die Familie der ESG einen dramatischen Verlauf genommen.

Ein Stellvertreterkrieg auf dem Rücken von Flüchtlingen

Die Zuspitzung erfolgte, als die Stadtverwaltung, trotz angekündigter Gesprächsbereitschaft, der Familie den Termin für die Ausreise setzte. Eine erneute Verhandlungsrunde mit der Verwaltung wurde dennoch möglich. Doch diese bekam bald „Kulturkampfcharakter“. Ein Stellvertreterkrieg wurde eingeläutet: „Wir wollen der Kirche doch mal zeigen, daß sie keine rechtsfreien Räume schaffen kann. Die Gesetze in diesem Staat macht immer noch die Politik“, so der Leiter des Ordnungsamtes.

Nun war schon fast klar, daß trotz erfolgreicher Petitionen im Landtag, trotz positiver Stellungnahme des UNHCR und trotz Intervention des Superintendenten und des ständigen Vertreters des evangelischen Büros bei der Landesregierung, trotz telefonischer Intervention des Innenministeriums, diese Stadtverwaltung zu allem entschlossen war. Am 19.08.1992 drangen in aller Frühe (5.45 Uhr) 20 - 30 Polizisten in die ESG und in eine evangelische Kirchengemeinde, die auch einer Romafamilie Kirchenasyl gewährt hat, ein, nahmen die Flüchtlinge fest und schoben sie sofort nach Mazedonien ab.

Scham, Entsetzen und Wut war das, was uns zunächst übrig blieb. Doch mit dieser gewaltsamen Polizeiaktion konnten die Bindungen und Beziehungen nicht einfach gekappt werden. Es gab in der Folgezeit Besuche und briefliche Kontakte, und die Unterstützung für diese Familien ging lange Zeit weiter.

Sanctuary-Bewegung für Deutschland

Die Erfahrungen mit dem Kirchenasyl sind vielfältig, zum Teil sehr ernüchternd, aber auch ungeheuer bereichernd. Wir haben viel über ein Volk, zu dem uns unsere Vorurteile bisher den Zugang verbaut hatten, erfahren, weil wir die Roma als Menschen mit ihren Ängsten, Hoffnungen und Freuden kennengelernt haben.

Die intensive und sehr gute Zusammenarbeit zwischen KSG und ESG und anderen Gruppen und Initiativen war eine notwendige, aber auch gute Basis für diese Aktion.

Hat das Kirchenasyl in zwei von drei Fällen auch nicht zu einem positiven Ausgang geführt, so hat es die Menschen, die es getragen haben, erheblich verändert. Bei vielen ist ein Bewußtsein entstanden, aus dem heraus sie spüren: wir müssen uns einmischen, wir müssen uns auch weiterhin schützend vor Flüchtlinge stellen.

Eine Konsequenz des Kirchenasyls in der KSG zeigte sich in der Entscheidung des Gemeinderates, an eine der Hauptamtlichenstellen den Schwerpunkt Flüchtlingsarbeit anzubinden.

Der flüchtlingspolitische Arbeitskreis der Gemeinde versuchte, den Komplex Migration/Flüchtlingspolitik auch über die Grenzen der eigenen Gemeinde wachzuhalten. Auf Anfrage verschiedener anderer Gruppen und Gemeinden berichteten wir dort über unsere Erfahrungen mit dem Kirchenasyl und waren mit diesem Thema auch in Organisationen wie AGG und IKvU präsent.

Als ab 1993 ein „ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW“ entstand und sich als Verein eine Satzung gab, klinkte sich die KSG in diesen Prozeß ein, in dem auch heute noch Kirchengemeinden vernetzt und unterstützt werden, die für die Rechte von Flüchtlingen eintreten.

Heute, vier Jahre nach Beginn des Kirchenasyls und knapp drei Jahre nach der für Flüchtlinge so verheerenden Änderung des Artikel 16 GG, hat sich viel geändert. Die Studierenden, die damals das Kirchenasyl trugen, sind längst aus der KSG herausgewachsen und haben einer neuen „Generation“ von Studierenden Platz gemacht, für die das Kirchenasyl bereits ein Stück Geschichte und das Engagement der Gemeinde für Flüchtlinge - festgemacht am Arbeitsschwerpunkt eines ihrer Hauptamtlichen - ein Schwerpunkt neben anderen ist.

In der Gemeinde gibt es z.Z. keinen flüchtlingspolitischen Arbeitskreis mehr, jedoch eine kleine Gruppe von Studierenden, die

Kirchenasyl in einer Studentengemeinde

sich um Kinder von AsylbewerberInnen kümmern. Meines Erachtens zeigt sich darin zweierlei:

1. Migration und Asyl sind nicht mehr dermaßen politisierte Themen, wie sie es im Vorfeld der Grundgesetzänderung waren. Ein „Erfolg“ - zu Lasten der Flüchtlinge - deutscher und europäischer Innenpolitik.
2. Diese Entwicklung illustriert den Trend weg von politischen hin zu eher sozialen Themen und Aktionsformen auch in gesellschaftlichen Themen gegenüber aufgeschlossenen Gemeinden.

Was bleibt? Die Gemeinden (KSG und ESG) sind immer noch sensibilisiert für den Themenkomplex. Auch wenn wir uns in der Zwischenzeit vielen anderen Themen zugewandt haben, gehören die Themen Migration und Asyl doch zum festen Kanon der Gemeinde.

Dies zeigt sich weniger in großen öffentlichen Aktionen (wie es das Kirchenasyl war) als in der wachen Aufmerksamkeit, die diesen Themen immer wieder in einzelnen Veranstaltungen entgegengebracht wird, sowie im Eingebundensein in einem Netz (kommunaler) Flüchtlingshilfsorganisationen, die uns immer wieder anfragen und mit denen wir in verschiedenen Bereichen immer wieder zusammenarbeiten.